



Biwelsähriger Abonnementpreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsteligen Seite 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 288. Mittag-Ausgabe.

Sechsundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 24. Juni 1875.

Deutschland.

Berlin, 23. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von den Wählern des israelischen Consistorialbezirks Unter-Elsaß vollzogenen Wahlen des Rentners Nathan Schwarz zu Straßburg, des Möbelhändlers Simon Lambert daselbst, des Fruchthändlers Ador Nathan daselbst und des Rentners Amon Keim zu Niederbronn zu wähllichen Mitgliedern des israelitischen Consistoriums zu Straßburg und zwar bezüglich der drei Ersteren auf die gesetzliche Amtsdauer von acht Jahren, bezüglich des Letzteren auf die Amtsdauer von vier Jahren bestätigt.

Der Bürgermeister Kaag zu Schäffersheim, Bezirk Unter-Elsaß, ist seines Amtes als Bürgermeister dieser Gemeinde enthoben worden.

Se. Majestät der König hat dem Provinzial-Schultheiße Dr. Ferdinand Schulz zu Münster in Westfalen den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath, den Geheimen Registratoren bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten August Lichner und Reinhard Kippel den Charakter als Kanzlei-Rath, sowie dem Vorstehern des Handelskammer zu Halle a. S., Carl Büttner daselbst, den Charakter als Commerzien-Rath verliehen.

Der bisherige Gymnosallehrer und commissarische Kreis-Schulinspector Dr. H. Niedenführ in Ratibor ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungs-Bezirk Oppeln ernannt worden. Es ist genehmigt worden, daß folgende ordentliche Lehrer an höheren Schulen in Berlin: beim Berlinischen Gymnasium zum Grauen Kloster Dr. Heinrich Müller und Dr. Maximilian Dinse; am Friedrichs-Werderschen Gymnasium: Dr. Wilhelm Paul und Dr. August Müller; beim Königlichen Gymnasium: Dr. Paul Rose und Dr. Friedrich Jahn; am Luisenstädtischen Gymnasium: Dr. Emil Jungbahn und Dr. Johannes Schmidt; beim Friedrichs-Gymnasium: Dr. Paul Goldschmidt und August Meusel; an der Königstädtischen Realsschule: Dr. Rudolph Meißner und Dr. Gustav Bellermann; beim Sophien-Gymnasium: Dr. Otto Nitsche; an der Dorotheenstädtischen Realsschule: Johann Schulze; bei der Friedrichs-Realsschule: Dr. Hermann Beck; an der Sophien-Realsschule: Dr. Emil Jetznow; bei der Luisenstädtischen Gewerbeschule: Dr. Wilhelm Böhm; an der Luisenstädtischen Realsschule: Dr. Friedrich Bardon und bei der Friedrichs-Werderschen Gewerbeschule: Aurelius Hempel zu Oberlehrern befördert werden. Der Lehrer Schöppa am Militär-Erziehungs-Institut zu Annaburg ist als ordentlicher Lehrer an das Seminar zu Petersberg berufen worden. — Dem bisher bei dem Bezirks-Brandenburg zu Colmar angestellten gemeinen Kaiserlichen, jetzigen Königlichen Mitgliedes bei dem Regierungs-Collegium in Trier verliehen worden. Der frühere Kaiserliche Wasserbau-Bezirks-Ingenieur Albrecht Robert Thiem ist als Königliche Wasserbau-Ingenieur in Neustadt a. W. angestellt worden. Der bisherige Königliche Landbaumeister Johann Eduard Grau in Wiesbaden ist zum Königlichen Bau-Inspector ernannt und demselben die Bau-Inspectorstelle zu Hanau verliehen worden. — Die Königliche Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Gesammtversammlung am 17. Juni cr. die Herren Alexander Cunningham in London und Ludwig Stepani in St. Petersburg zu correspondirenden Mitgliedern ihrer philosophisch-historischen Classe gemacht.

Berlin, 23. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] hat gestern den Prinzen Nikolaus von Nassau, den Herzog von Ossunna, den Grafen Fürstenberg-Stammheim, den Curator der Universität Bonn, Geheimen Regierungsrath Dr. Beseler, den Rector derselben Universität, Professor Dr. Lipsius, ferner den Oberstleutnant v. Sudnitz, den Major v. Kracht und den Hauptmann v. Portatius zur Tafel gezoagt.

Morgen beabsichtigt Se. Majestät der Kaiser und König in Jugendheim Sr. Majestät dem Kaiser von Russland einen Besuch abzustatten. Die Abfahrt von Ems wird Vormittags 10 Uhr, die Rückkehr Abends gegen 8 Uhr stattfinden.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin empfing gestern in Coblenz Se. Kaiserliche Hoheit den Erzherzog Albrecht von Österreich zum Déjeuner und zeigte Ihrem Hohen Gaste das Residenzschloß und die Rheinanlagen. Nach dem großen Diner besichtigte Ihre Majestät mit dem Erzherzog die Feste Ehrenbreitstein. Die Kaiserin empfing den Kaiserlich-Königlichen Kammerer Grafen Wilczek und den Grafen und die Gräfin Elß.

Heute, am Sterbetage der Großherzogin Maria Paulowna, der Mutter Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin, wird Ihre Majestät von Coblenz in Ems erwartet, woselbst um 3 Uhr eine Gedächtnisfeier durch den russischen Erzbischof Tatschalloff aus Wiesbaden abgehalten wird.

(R. Anz.)

Berlin, 23. Juni. [Die Berathungen der Strafprozeßordnung. — Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs. — Ankauf von Prioritäts-Obligationen für den Invalidenfond. — Die Staatskatholiken-Deputation an den Kaiser.] Ein Mitglied der Reichsjustizcommission schreibt uns, daß bei der Berathung der Strafprozeßordnung viel größere Schwierigkeiten obwalten, als bei der Civilprozeßordnung. Es darf daher nicht Wunder nehmen, daß die gegenwärtigen Verhandlungen langsamer als die früheren von Statthen gehen. Im Strafprozeß sind nicht bloß die wissenschaftlichen Ergebnisse viel unsicherer und selbst untreuer; ein großer Theil des Strafprozeßes hat die Interessen der Strafrechtspflege mit der bürgerlichen Freiheit zu vereinigen und rast daher die politischen Parteigegenseiten mehr oder weniger in die Schranken. Nichts desto weniger kann man im Gegensatz zu einzelnen Zeitungsmittelungen hervorheben, daß in der Commission keineswegs nach geschlossenen politischen Parteien abgestimmt wird, vielmehr auch jetzt die praktische und wissenschaftliche Jurisprudenz bei der großen Mehrheit der entscheidende Factor bleibt. Es ist zu hoffen, daß diese Gesinnungen in der Commission auch in Zukunft die Oberhand behalten und man des Saches eingedenkt bleibt, daß es der Nation mehr frommt, eine in allen wesentlichen Dingen den Interessen des Volkes entsprechende einheitliche Gesetzgebung zu vereinbaren, als ein theoretischideales Wort der ungewissen Zukunft vorzubehalten.

— Die in offiziösen Zeitungen enthaltene Notiz, daß der Bundesrat das Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs im nächsten Reichstage wieder unverändert vorlegen werde, ist kaum glaublich. Bekanntlich hat in der vorigen Session die betreffende Commission den Entwurf in 22 Sitzungen gründlich umgearbeitet und der Bundesrat wird sich kaum der Illusion hingeben, daß der Reichstag die wichtigen und wohl begründeten Beschlüsse gänzlich ignorieren würde. Wir unsererseits glauben nicht, daß der Entwurf ohne eine umfassende Benützung der vorjährigen Commissionarbeiten im Reichstage Berücksichtigung finden wird. — Durch einige Blätter wird das Gerücht verbreitet, daß der Reichsinvalidenfond mehrere in Folge der gegenwärtigen Handelskrise gefährdeten Effecten erworben habe. Es werden in dieser Beziehung Prioritäts-obligationen der Magdeburg-Halberstädter und Hannover-Altenbekener Eisenbahn genannt. Wir wußten zwar nicht, warum die Prioritäts-

obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn und die von denselben garantierten Obligationen der Hannover-Altenbekener Eisenbahngesellschaft, welche letztere selbst im Jahre 1874 nach Verzinsung ihrer Prioritätsobligationen einen Überschuss von 70,000 Thlr. hatte, irgend wie Bedenken erregen könnten. Nichtdestoweniger wird es gewiß berechnigt sein, daß der nächste Reichstag sich eingehend von dem Bestand des Invalidenfonds unterrichtet. Es ist übrigens durchaus irrig, wenn behauptet wird, daß die hiesige Discontogesellschaft mit der Unterbringung der Gelde des Invalidenfonds beauftragt gewesen sei und dasselbe vermittelte habe. Das Reich hat seine Effecten direct oder durch Vermittelung der Seehandlung gekauft und ist naturgemäß allein mit den verkaugenden Staaten, Communen und Bankinstituten also somit in unmittelbare Verbindung getreten. Wir glauben nicht, daß in einem einzigen Falle ein Bankinstitut für Rechnung des Invalidenfonds Effecten erworben habe. — Vom conservativen Flügel der Staatskatholiken wird die Nachricht verbreitet, daß eine Deputation derselben bei dem Kaiser eine Audienz erbitten und ihm eine Petition mit vielen tausend Unterschriften überreichen will, in welcher die Herstellung des konfessionellen Friedens durch eine Revision der Maigesetze verlangt wird. Die Nachricht ist offenbar auf solche Kreise zurückzuführen, die stets den „Hof von Coblenz“ als Vermittlungsbrücke für clericale Wünsche betrachten. Mit welchem Recht diese Agitation sich eines hohen Namens bedient, um ihre Wirkung plausibel zu machen, ist in hiesigen eingeweihten Kreisen ein Rätsel, weil keine einzige Thatache vorliegt, welche die seit Jahren kursirenden Gerüchte bestätigt. Die Ultramontanen verstehen jedoch die Kunst, durch unterirdische Kanäle ihre Vermuthungen oder Verdächtigungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Well sie selbst den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachten, den Fanatismus ihrer Anhänger mit einer Verjährungs-politik abzukühlen, suchen sie die Staatskatholiken als Sündenböcke auszunutzen und zu compromittieren. Diese Auffassung wird uns von staatskatholischer Seite als völlig zutreffend bezeichnet. Ob die Nachricht über eine vom Grafen Fred. Frankenberg vorbereitete Petition an den Kaiser sich bestätigt, kann unser Gewährsmann nicht angeben; aber gewiß sei, daß die Unterschriften der Bittschrift nicht nach Tausenden zählen können, weil dem Grafen überhaupt nicht soviel Gestimmungsgenossen zur Seite stehen. Es wird hinzugefügt, daß die conservativen Staatskatholiken überhaupt gut daran thäten, sich offen über ihre neue Stellung zum Ultramontanismus zu erklären, damit die liberalen Staatskatholiken einen Strich zwischen sich und den nach der Revision der Maigesetze lüsternen Herren ziehen können.

Gesetz, betreffend die Einlösung und Präclusion von Staats-Papiergeld.

Vom 18. Juni 1875.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1. Die nach dem Gesetze vom 29. Februar 1868 (Gesetz-Samml. S. 169) der unverzinslichen Staatschuld der Monarchie hinzutretenden kurzfristigen Kassencheine und Noten der Landesbank zu Wiesbaden, einschließlich der Scheine der vormaligen Landes-Creditkasse daselbst, sowie die auf Grund des Gesetzes vom 23. December 1867 (Gesetz-Samml. S. 1929) wieder in Umlauf gebrachte, beziehungsweise ausgegebenen Darlehns-Kassencheine werden nur noch bis zum 31. December 1875 bei den von dem Finanzminister bestimmten Kassen zur Einlösung angenommen. Nach Ablauf dieser Frist werden die genannten Papiergeldzeichen ungültig, und alle Ansprüche aus denselben an den Staat beziehungsweise an die Landesbank zu Wiesbaden erlöschten.

§ 2. Die Staatsregierung hat den Zeitpunkt zu bestimmen, zu welchem die auf Grund der Gesetze vom 19. Mai 1851 (Gesetz-Samml. Seite 335), 7. Mai 1856 (Gesetz-Samml. S. 334) und vom 29. Februar 1868 (Gesetz-Samml. S. 169) ausgefertigten Kassenanweisungen ihre Gültigkeit verlieren.

§ 3. Die zur Ausführung des § 2 des Reichsgesetzes, betreffend die Ausgabe von Reichstaschenscheinen, vom 30. April 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 40), sowie zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Finanz-Minister getroffen.

Die diesfälligen Bekanntmachungen erfolgen durch den Staats-Anzeiger, die Ansbachblätter und andere öffentliche Blätter in sämtlichen Provinien.

Die eingeholten Gehzeichen werden von Commissarien der Staatschulden-Commission und der Hauptverwaltung der Staatschulden durch Feuer vernichtet.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Bad Ems, den 18. Juni 1875.

(L. S.) Wilhelm.

Camphausen. Gr. zu Culenborg. Leonhardt. v. Kameke.

Achenbach. Friedenthal.

Ullerhöchster Erlass vom 21. Juni 1875, betreffend die Festsetzung der Endfrist, bis zu welcher für die präkludirten Kassenanweisungen vom 2. Januar 1835 und Darlehnskassencheine vom 15. April 1848 durch die Hauptverwaltung der Staatschulden Erlass zu gewähren ist, auf den 31. December 1875 festgesetzt wird. Dieser Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Bad Ems, den 21. Juni 1875. Wilhelm.

Camphausen. Gr. zu Culenborg. Leonhardt. v. Kameke.

Achenbach.

An das Staats-Ministerium.

Posen, 22. Juni. [Entlassung. — Vernehmungen.] Der Rittergutsbesitzer v. Mankowski aus Rudek, welcher seit einigen Wochen wegen Eidesverweigerung in Betreff des Excommunications-Befürders über den Propst Kiel zu Kähne in der Kirche zu Kähne in Samter inhaftiert war, ist, der „O. d. Z.“ zufolge, vorgestern aus dem Gefängnis entlassen worden. Wie es dort allgemein heißt, soll der Staatsanwalt zu Meseritz, welcher die Untersuchung eingeleitet hatte, dem dortigen Gerichte mitgetheilt haben, daß ein Zeuge den Excommunicator, welcher sich bereits außer Landes befände, genannt habe, weshalb von der Vereidigung des Herrn v. Mankowski Abstand genommen worden sei. In den letzten Tagen voriger Woche wurden in dieser Angelegenheit auch der Vater des Herrn v. Mankowski und Graf Kielkiet auf Dobrojewo eidiich vernommen; diese wußten aber nichts Wesentliches anzugeben.

Potsdam, 22. Juni. [In dem Prozesse] wider die Bäckerin Luise Kist und Genossen wegen Betruges sind heute von dem hiesigen Kreisgericht die Angeklagten Frau Kist und die Bäckfrau Rauch je zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Chorverlust, der Schuhmann Rißmann zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Chorverlust, Frau Riß-Schulpflicht. — Ermäßigte Presse für die Gewerbeaus-

mann zu 9 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Chorverlust, die Liebmann'schen Cheleute je zu 2 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Chorverlust, der Hofbedienstete Hoffmann zu 6 Monaten Gefängnis und das Dienstmädchen Reinhardt zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Der Schmiedemeister Kirch wurde freigesprochen.

Brandenburg a. H., 21. Juni. [Dritter Städtetag der Provinz Brandenburg.] Der dritte Brandenburgische Städtetag trat heute Vormittag unter dem Vorsitz des hiesigen Oberbürgermeisters Reusch zu seiner diesjährigen Sitzung in der Aula der Bürgerakademie zusammen, die zu diesem Behufe mit Laubgewinden, Draperien, dem lebensgroßen Bild des Friedrich Wilhelms III. und der lorbeerkränzten Büste Steins feßlich decoriert war. Vertreten waren von den 55 zum Bunde gehörigen Städten der Mark 34 mit 56 Stimmen; 81 Städte der Provinz seien leider noch immer außerhalb des Bundes. — Nachdem die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser erhöht worden, erstaute der Vorstande Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes seit der vorjährigen Sitzung in Landsberg a. W. Wir erwähnen aus demselben, daß die in Landsberg beschlossene Petition an den Unterrichtsminister, den Elementarlehrern die Verpflichtung aufzuerlegen, innerhalb der vocationsmäßigen Stunden auch an gewerblichen Fortbildungsschulen mitzuarbeiten, abgesetzt worden ist, und daß sich der Vorstand der Agitation des Herrenhausmitgliedes Oberbürgermeister Selle-Königsberg i. Pr. für die Organisation eines allgemeinen preußischen Städtetages angeschlossen hat. Für das laufende Jahr ist für die Städtefohle, deren Bestand augenblicklich sich auf 304 Mark 62 Pfennige bezeichnet, ein neuer Beitrag ausgeschrieben worden, der für die einzelnen Städte, je nach der Seelenzahl, zwischen 2 und 41 Mark variiert. — Auf der Tagesordnung stand zunächst das Referat des Syndicus Dullo-Brandenburg über die Bildung von Pension- und Unterstützungs-Kassen für die hinterbliebenen der Gemeindebeamten. Der Referent bezeichnete es als eine unabsehbare Pflicht der kommunalen Selbstverwaltung, die Beamten pecuniarie so zu stellen, daß sie nicht als Proletarier zu leben und sterben und keine Bettler hinterlassen brauchen, worin die Pflicht der Commune mit einbegreifen sei, für die hinterbliebenen Beamten, wenn auch unter Heranziehung des Erbhabers bei Lebzeiten, zu sorgen. Zu diesem Behufe schlug Herr Dullo vor, kleinen Beamten anzustellen, der nicht bei irgend einer Lebensversicherungs-Gesellschaft versichert ist, und zwar mit einem entsprechenden Capitale, da die versicherte Rente wohl die Witwe vor Hunger schützt, aber keineswegs für die gehörige Ausbildung der Kinder bemüht sei. Durch die Capitalversicherung werde ferner der Besitz in das Berufsbeamtenthum hineingetragen und so dasselbe in littlerer und wirtschaftlicher Beziehung geboten. Zum Beweise dieser Beziehung verwies der Referent auf die günstige Wirkung der zwischen der Gothaer Lebensversicherungs-Gesellschaft und den Communen Königsberg i. Pr., Duisburg, Halle, Hersfeld, Lauban, Liegnitz, Nordhausen, Sagan, Worms, den Regierungen von Potsdam, Erfurt und Merseburg, dem General-Baumdirektorium und dem Generalpostamt abgeschlossenen Verträgen hin, wonach die betreffenden Verwaltungen eine bestimmte fortlaufende Brämie an die Gesellschaft zahlen und diese den zu versichernden Beamten ganz bedeutende Vortheile gewährt. Zum Schlus beantwortet der Referent die Annahme nachstehender Resolution: „Der Brandenburgische Städtetag empfiehlt jeder Stadt den Abschluß eines ähnlichen Vertrages, wie ihn der Magistrat in Königsberg i. Pr. am 5. August 1868 mit der Lebensversicherungs-Gesellschaft in Gotha abgeschlossen hat.“ — Seine Ausführungen sandten nur den Beifall des kleineren Theiles der Versammlung. Der Correferent Bürgermeister Gerhardt in Frankfurt verlangte die höchst nothwendige Regelung der Angelegenheit nicht auf dem Wege der communalen Selbstverwaltung, sondern der Gesetzgebung, und beantragte die Annahme folgender Resolutionen: 1) Dem dringenden Bedürfnis zur Fürsorge für die hinterbliebenen Staatsbeamten kann in durchgreifender Weise nur dann abgeholfen werden, wenn gesetzlich die Pflicht der Städte festgestellt wird, für die hinterbliebenen ihrer Beamten zu sorgen. 2) Beipf. Bildung beziehungsweise Unterhaltung von Fonds sind die Gemeinden für berechtigt zu erläutern, von ihren sämmtlichen Beamten entsprechende Beiträge zu erheben. 3) Der Vorstand des Städtetages wird beauftragt, dazu die gesetzliche Regelung bei der Staatsregierung zu beantragen. 4) Der Vorstand wird beauftragt, dem nächsten Städtetag eingegebene Vorschläge zu machen für eine Einigung der märkischen Städte zur Organisation dieser Fonds.“ — Im weiteren Verlaufe der Diskussion sprach Bürgermeister Große-Rabenow für die Rentenversicherung aus, weil erfahrungsmäßig das hinterbliebene Capital oft bald absorbiert werde und dann die alte Hilfsbedürftigkeit eintrete; die Rente bleibe dann stabil. Ebenso Stadtrath Adolf-Frankfurt, der außerdem verlangt, daß nicht die Beamten sich selbst, sondern der Magistrat seine sämmtlichen Beamten versichert, da beispielweise die Gesundheitsfrage von den Versicherungs-Gesellschaften wesentlich anders als von den anstellenden Verbinden beurtheilt wird. Schließlich gelangten die Resolutionen des Herrn Gerhardt unter Ablehnung des Antrages Dullo zur Annahme. — Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete das Referat des Bürgermeisters Nitschke-Tempelin über das Besteuerungsrecht der Gemeinden. Redner bezeichnete den jetzigen gesetzlichen Modus, wonach in allen Städten dieselben Steuerstufen im Anschluß an die Staatssteuern beizubehalten sind, als einen durchaus unbilligen, da beispielweise die Steuersealien, welche für Köln ganz vorzüglich sind, auf Tempelin keine Anwendung finden könnten. Man müsse eben einen Unterschied zwischen großen und kleinen, reichen und armen Communen machen. Bürgermeister Gardemann (Spandau) demonstrierte an den Verhältnissen seiner Stadt die unbedeutende Nothwendigkeit einer Reform. Spandau zähle 16—17,000 Einwohner, unter diesen ca. 8000 Arbeiter und nur einen einzigen großen Arbeitgeber, das Reich, welches von allen Steuern eximiert ist. Daraus resultire eine höchst ungerechte Mehrbelastung der wenigen Bessertuuren. Er beantragte, den Vorstand aufzusordern, de lego ferenda eine Petition an den Landtag zu richten, nach welcher in dem bald zu erwartenden neuen Communalsteuerungsgesetze die alten bewährten Grundsätze der Städteordnung mit einigen zeitgemäßen Abänderungen beibehalten werden. Bürgermeister Dr. Richter-Schödel beantragte dem gegenüber: Der Städtetag wolle gegen die Einführung des Normalsteuerartis agieren und in diesem Sinne auf die Regierung eine Petition auszuüben verüben. Syndicus Dullo-Brandenburg plaidirte für die Aufhebung aller Communalsteuerprivilegien für Geistliche, Lehrer, Militär und Beamte, die heutz nicht mehr zeitgemäß seien, und empfahl die Besteuerung im Anschluß an die gezahlten Mieten, wie dies in England schon lange der Fall sei. Eine vom Stadtoberhaupten-Direktor David-Tempelin vorgelegte Resolution, welche jede Gemeinde berechtigen soll, ihre Regulative zur Steuerveranlagung selbst festzustellen, fand nicht die Zustimmung der Versammlung. Oberbürgermeister Reusch (Brandenburg) bezeichnete dieselbe als einen ungeheuren Rückfall. Endlich beschloß die Versammlung, die Frage der Communalsteuerung auf die Tagesordnung des nächsten Städtetages zu setzen und für den Fall, daß eine neue Städteordnung inzwischen dem Landtag vorgelegt werden sollte, eine außerordentliche Sitzung des Städtetages einzuber

stellungen. — Schutzoll und Freihandel in Bezug auf die Eisenindustrie.] Die spezifisch-sächsischen Conservativen haben sich nunmehr bestimmt die hier erscheinende „Reichszeitung“, die sich schon bisher als das „Organ der föderativen Partei“ bezeichnete, zu ihrem Centralorgan aussersehen und die Redaction derselben dem Freiherrn von Ungern-Sternberg, bisherigen Redacteur des „Süddeutschen Reichsblatt“ zu Augsburg, übertragen. Daneben wird man vermutlich noch die vom Pfarrer Kitzau verfaßten und vom conservativem Verein zu Zwickau herausgegebenen politischen Flugblätter fortsetzen lassen, da besagter Pfarrer eine viel zu hohe Meinung von seiner Beschriftung, die Liberalen und Socialisten zu bekämpfen, hegt, um sich selbst zum Stillschweigen zu verdammen. Unsere Pfarrer befassen sich überhaupt gern mit Politik, das konnte man wieder auf der Kirchen- und Pastoralconferenz zu Meissen in voriger Woche hören, auf welcher das Reichsgesetz zur Beurkundung des Personenstandes und der Geschlechtung einer nachträglichen Kritik unterzogen wurde. Die aus Gliedern der sog. kirchlichen Mittelpartei bestehende Versammlung, erkannte in dem Gesetz einen Schritt zur Befreiung der Kirche von der Bevormundung des Staates. Wie wenig aber auch diese Partei ihre Zeit erkennt, ergiebt sich daraus, daß sie zwar beschloß, auf den Wunsch nach Einführung eines allgemeinen Bußtages für ganz Deutschland einzugehen, aber den zweiten besonderen sächsischen Bußtag nicht missen zu wollen.

— Recht kleinlaut gesteht unser Jesuitenblatt, das „Katholische Volksblatt aus Sachsen“ zu, daß die Feier des heiligen Herzens Jesu, hier höchstens bei 150—200 Personen Anfang gefunden habe. Freilich hätte man die Feier auch nicht von der Kanzel herab verhindern dürfen und so hätten eigentlich nur die Leser des „Volksblattes“ Kenntnis davon gehabt. Es ist jedoch offenkundig, daß von allen Seiten hier Reklame für das Fest gemacht worden war. — Nach einer Verordnung des Unterrichtsministeriums haben überall die Schulräthe streng darauf zu sehen, daß auch die mit Bewilligung ihrer Eltern bereits als Dienstboten vermieteten schulpflichtigen Kinder den ihnen gebotenen öffentlichen Unterricht nicht versäumen. Im Allgemeinen muß man unseren neuen Schulräthen nachrühmen, daß sie mit Eifer ihres Amtes walten. — Die hierorts eröffnete sehenswerthe Ausstellung künstlerischer Erzeugnisse des Mittelalters hat sich des schwachen Besuches halber veranlaßt gesehen, den Eintrittspreis von 1 Mark auf 50 Pf. herabzusetzen. Die allgemeine sächsische Industrie- und Gewerbeausstellung, dürfte bald diesem Beispiel folgen. Was nun diese anbelangt, so darf man schon jetzt hervorheben, daß sie im Maschinensache am besten vertreten ist. Unsere Eisenindustriellen stimmen übrigens dasselbe Klageleder, wie überall im Reiche an und kann man auch nur einem, wie uns dünkt, freilich geschriebenen Artikel des „Leipziger Tageblatt“ allen Beifall zollen, in welchem die Frage des Schutzzolls und Freihandels in Bezug auf die Eisenindustrie erörtert wird. In demselben heißt es u. a.: „Alle Welt ist darüber einig, daß die andauernden Kriegsrüstungen in Europa die Volkswohlfahrt unermesslich schädigen, und dennoch fällt es, außer den Socialisten, den fortschrittlichsten Mitgliedern des Reichstages nicht ein, diese Art verderblicher Schutzmehr im deutschen Reiche allein, ohne Gewähr der Nachahmung seitens der benachbarten Reiche besetzen zu wollen. Gerade so liegen aber in diesem Augenblicke die Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete; wir sind gezwungen, der drohenden Überschwemmung mit fremden Industrieerzeugnissen gegenüber mit der Abrüstung an Zöllen im freihändlerischen Sinne inne zu halten, bis daß die Nachbaren von ihrer, unsere Interessen schädigenden Schutzzollerhöhung ablassen. Uns will also bedürfen, daß man selbst als Freihändler dem auf Vertagung der Ausführung des gedachten (die Aufhebung aller Eisenzölle zum 1. Januar 1877 decretierten) Reichstagsbeschlusses gerichteten Anstalten der Eisenindustriellen, seine volle Zustimmung ertheilen könne.“

München, 23. Juni. [Das Centralcomite der bayerischen Fortschrittspartei] für Mittel- und Oberfranken hat einen Wahlauftrag erlassen, worin jeder freisinnige Wahlberechtigte aufgefordert wird, mit allen Kräften dafür zu wirken, daß die Wahlen zum Heile des großen Vaterlandes und zur Ehre des bayerischen Staates ausfallen. Weiter heißt es in dem Aufrufe: Gelingt es den Ultramontanen, bei den Wahlen die Majorität zu erringen, so wird ihr Sieg, welcher die Hoffnung aller äußeren und inneren Feinde des Reiches ist, eine schwere Gefährdung des für unseren Volkswohlstand so nötigen Friedens in sich schließen. Wird aber durch einmütiges entschlossenes Zusammenwirken aller liberalen Männer des Landes der Sieg für unsere Partei gewonnen, so werden nicht nur die friedensgefährlichen Bestrebungen der Ultramontanen gelähmt, sondern es erhält sich auch die Aussicht, an der freiheitlichen Entwicklung im Innern unseres bayerischen Landes mit Erfolg weiter arbeiten zu können.

4. Straßburg, 22. Juni. [Vom Landesausschusse. Das elsässisch-lothringische Budget für 1876.] Seit seinem Zusammenseit am 17. d. Ms. hat der Landesausschuss in seinen Commissionen eifrig gearbeitet. Den vielfältigen Sitzungen der letzteren haben stets Vertreter des Oberpräsidiums beigewohnt, die sich über Mangel an Wissbegierde auf Seiten der Commissionmitglieder nicht beklagen. Die Vorgänge bei der Präsidentenwahl — es erhielten in drei Wahlgängen die Herren Apotheker Julius Klein von hier und Jean Schlumberger, Fabrikant in Gebweiler, je 14 Stimmen und das höhere Alter entschied für den Letzteren — werden von einem hiesigen Correspondenten der „Frank. Ztg.“ als ein Kampf zwischen der unterelsässischen regierungsfreundlichen und der ober-elsässisch-lothringischen regierungseindringlichen, resp. republikanischen Partei des Landesausschusses gedeutet und der schließlich Ausgang als ein Sieg der Letzteren gefeiert. Diese Darstellung ist lächerlich für Jeden, der Verhältnisse und Personen kennt. Die Herren Klein und Schlumberger stehen genau auf demselben Parteistandpunkte, d. h. dem particularistisch-elsässischen, dem noch eine ziemliche Vorliebe für die französischen Vergangenheit des Landes und die französischen Einrichtungen desselben anhaftet, aber sie sind von allen 30 Mitgliedern des Landesausschusses vielleicht die einer Versöhnung mit Deutschland am meisten und aufrichtigsten geneigten. — Unter den dem Landesausschusse bis jetzt zugegangenen Vorlagen ist die einzige von Wichtigkeit das Landesbudget für 1876. Da die engen Grenzen seiner Befugnisse dem Landesausschusse jeden Schritt zur Abdankung von Abänderungen in der Verwaltung und Gesetzgebung verwehren, so wird er sich darauf beschränken müssen, seine und der Bevölkerung Wünsche durch seine Kritik der einzelnen Ansätze des Budgets vernehmbar zu machen. Der Budgetantrag für 1876, wie er dem Landesausschusse vorliegt, balancirt übrigens in Einnahme und Ausgabe auf 43,915,298 Mark 85 Pf., d. h. 4,906,444 Mark mehr als im vorigen Jahre. Die beträchtliche Erhöhung der Einnahmen stammt hauptsächlich aus der allgemeinen Finanz-Verwaltung, deren Erträge diesmal auf 11,532,000 gegen 7,888,600 Mark im Vorjahr veranschlagt ist. Von den Erträgen der sogenannten Betriebsverwaltungen kommen auf die Forstverwaltung 6,310,000 M., auf die direkten Steuern 9,815,400 M. und auf die indirekten Steuern, Zölle und das Enregistrement 14,255,075 Mark; endlich sind die Betriebsüberschüsse der hiesigen

Tabaksmannufaktur, die im vorigen Jahre gleich Null waren, zu 601,400 Mark veranschlagt, ein Posten, der wohl den meisten Zweifeln begegnen wird.

Schweiz.

Zürich, 21. Juni. [Gesetzgebung. — Handelsvertrag mit Italien. — Sängersfest. — Nationalsynode. — Liberal-katholischer Gottesdienst in Genf. — Verurtheilung eines Pfarrers. — Freiburger Piusverein.] Die eidgenössischen Räthe arbeiten rasch und scharf, wenn sie auch stellenweise von einzelnen Rednern und Antragstellern zu etwalem Müßiggang gezwungen werden. Der Nationalrat beendigte die Beratung des Kantonegesetzes. Über sofortige Einlösung der eigenen Noten, sowie der anderen Banken (letztere im Nothfall mit dreitägiger Frist) wurden strenge Bestimmungen aufgestellt. Das Capitel über die Bundescontrole sieht zeitweise Inspection von Sachverständigen vor und verlangt wöchentliche und monatliche Bilanzsendung an die gemeinsame centrale Abrechnungsstelle, welche dem Bundesrat berichten muß. Gesetzwidriges Verfahren einer Bank kann ihr die bündesgerichtliche Entziehung des Rechts auf Notenausgabe zu Wege bringen. Um die Kosten der Bundesaufsicht zu decken, zahlt jede Bank 2 vom Dausend ihrer Notenausgabe. In Folge einer Wiedererweckung wurde der Mindestbetrag des eigenen Capitals einer Notenbank von 1 auf $\frac{1}{2}$ Million Francs herabgesetzt. Das schon früher vom Ständerath erledigte schneidige Gesetz über Haftbarkeit der Transportanstalten bei Tötungen und Verlebungen wurde auch vom Nationalrat ziemlich unverändert angenommen. Mehrere Anträge, darunter der von Desor und Genossen auf Durchführung des Schulartikels der Bundesverfassung, namentlich in Bezug der Volksschule und der von Flüchtiger auf Unterhandlungen mit den Nachbarstaaten wegen einheitlicher Sanitätspolizei bei Viehseuchen, wurden als erheblich dem Bundesrat überwiesen. Die Wahl der 7 Commissionmitglieder für den Berner Recurs in Sachen der Geistlichenausweisung kam erst nach 8 Wahlgängen zu Stande; 5 derselben tragen die Farbe des Bunderaths. Endlich nahm der Nationalrat noch das Gesetz über Maß und Gewicht an, mit welchem das metrische System am 1. Januar 1877 eingeführt wird. — Der Ständerath erging sich ein paar Tage lang mit aller Behaglichkeit in Wald und Feld bei Gelegenheit des Gesetzes über die Jagd und den Schutz der nützlichen Vögel. Es regierte dabei Reden und Anträge. Am heftigsten wogte der Kampf zwischen den plebejischen Patentiägern und den patrizischen Revierejägern. Schließlich überließ man es den Kantonen und Gemeinden, welches System sie bei sich einführen wollen. Eine äußerst gründliche Erörterung griff Platz bei der Beschwerde des Pfarrpräsidenten Dupré im Freiburgischen, welcher verurtheilt war, weil er durch Wegnahme von Muttergottesamuletten bei zwei Mädchen „Heiligumsentweihung“ (sacrilege) begangen hatte. Da dieser noch nicht die kantonalen Instanzen erschöpft hat, so wurde er zur Zeit abgewiesen. Zuletzt behandelte der Ständerath die Vorlage über Erweiterung des Waffenplatzes bei Thun. Er wies sie an den Bundesrat zurück, um erst die Heiligung Berns an den Kosten klar zu stellen, beschloß aber sofort einen Credit, damit Häuser und Liegenschaften, wo wiederholte Kanonenkugeln eingeschlagen haben, angekauft werden. — Da Italien durchaus ins Schutzzollsystem hineinrinnen will, so hat das eidgenössische Handelsdepartement eine Commission ernannt, welche einen neuen Handelsvertrag vorberathen soll. — Das eidgenössische Sängersfest wird vom 10. bis 12. Juli in Basel abgehalten. — Am 14. tagte die erste katholische Nationalsynode in Olten, besucht von Vertretern aus 8 Kantonen. Gottesdienst mit Predigt des Pfarrers Herzog, Begrüßung durch den Solothurner Landammann Brosi. In den Synodraltar wurden 4 Geistliche und 5 Laien gewählt, darunter Landammann Keller von Aarau als Präsident. Nach mehrstündigem ernster Debatte wurden die Reglemente der Synode, des Synodalrats und des Bischofs einstimmig genehmigt. Die Wahl des Bischofs und verschiedener Reformanträge wurden auf die nächste Synode im October vertagt. Zum Schluss Festmahl. Ein Berichterstatter bemerkte: „Die Oltener Nationalsynode hat römischer Dummett und pfäffischem Überglauen die Spitze abgebrochen. Wollen's hoffen. — In der Kirche Notre Dame zu Genf ja nunmehr unter Aufspanzung der eidgenössischen Fahne der liberal-katholische Gottesdienst bestens eingebürgert. Die Ultramontanen schreien natürlich während über Entweiheung und Beraubung, vergessen aber ganz, daß sie es ihrer eigenen Unzulänglichkeit zuzuschreiben haben, wenn sie der Kirche verlustig gegangen sind; der Mitgebrauch war ihnen von der Verwaltungskommission vollkommen freigestellt. — Pfarrer Büsing zu Eggerkingen im Solothurnischen hatte auf der Kanzel die Abschaulichkeit der Civilehre breitgetreten; es sind ihm dafür gerichtlich 200 Francs Buße und die Kosten aufgeschlagen worden. Der biedere Pfarrer hätte gescheitert gehan, das Cölibat schlecht zu machen; damit hätte er höchstens eine kirchliche Censur riskirt. — In der Versammlung des Freiburger Piusvereins war die Stimmung der Tausende Anwesende eine sehr gehobene. Es mangelt nicht an feurigen Reden des Bischofs Mowiley und anderer Glaubensstreiter. Man schwur ewige Treue und unverbrüchliche Gehorsam dem hell. Vater, aber auch (ein unvereinbar!) dem Vaterlande. Ruere in servitium! Die schlauen Treiber behandeln ihre gläubige Heerde nach dem chinesischen Weisheitsspruch: „Sizen ist besser als Gehn, Liegen ist besser als Sizen, aber Schlafen ist das Allerbeste!“

Frankreich.

Paris, 21. Juni. [Die ultramontane Presse.] Die Ueber schwänglichkeiten der großen ultramontanen Blätter wie „Monde“ und „Univers“ werden von den kleinen katholischen Wochenschriften, deren es jetzt so viele in Frankreich gibt, häufig noch bei Welttem übertragen, und letztere bieten manchmal eine ganz interessante Lecture. So erklärt der „Pelerin“, daß der Hügel Montmartre „die Wiege eines im Herzen Jesu Christi wiedergeborenen neuen Frankreichs werden wird.“ Dasselbe Journal sagt, „ganz Frankreich“ habe an der Feier am 16. Juni Theil genommen, denn in allen Kirchen des Landes sei die Weisung an das heilige Herz inmitten eines ungeheuren Zudranges von Gläubigen vollzogen worden. Bemerkenswerther aber ist, was ein in Brüssel erscheinendes ultraloculares Blatt, „La Croix“ schreibt, welches nicht müde wird, eine große katholische Liga mit Frankreich an der Spitze anzumeppfeln. Die neulich von Pius IX. an die französischen Pilger gerichteten Worte dienen als Beleg dazu: „Möge der Segen Gottes Frankreich und die katholische Kirche zu einer guten Liga vereinigen.“ Bemerkenswerthe Worte, sagt das belgische Jesuitenblatt, voll großer Aussichten für die Zukunft! Und daraufhin wird die dringende Nothwendigkeit einer katholischen Liga mit Frankreich als Mittelpunkt dargehan. Alle kleinen clericalen und legitimistischen Blätter haben den Artikel des Brüsseler Blattes nachgedruckt. Interessant ist es, zu sehen, welche Garantien die belgischen Clericalen von Frankreich verlangen, wenn letzteres die Führung der großen katholischen Liga übernimmt. Es scheint, daß dieselben übrigens von den französischen Clericalen schon im voraus angenommen worden sind, denn alle ihre Organe heißen sie gut. „La Croix“ schreibt: „Sei katholisch, o Frank-

reich, und die Söhne deiner jüngeren Schwestern werden sich dir züglich stellen ohne Eifersucht und ohne Furcht; aber sei katholisch ohne Gallicanismus, ohne Republicanismus, ohne Liberalismus! Erkenne dem Papste die volle Autorität zu, welche er von Christus erhalten hat, dem die Nationen zum Erbe gegeben sind. Erkenne mit uns seit höchstem Schiedsrichteramt an, den Schutz der Schwachen und die Ehre der Mächtigen; sei diesem Vater eine ergebene und unterwürfige Tochter, damit du uns eine wohlwollende und großmütige Schwester seiest; meide die verlorenen Psalme einer zu menschlichen Politik und steige auf die Höhen, wo Christus der Sieger herrscht und besieht; gib die ungeheurelichen Allianzen mit den Türken, den Schismatikern und Ketzern auf; das Heil ist nicht, wo Gott nicht ist. Thue die Gesellschaft der Freimaurer und die Freidenker in den Bann, öffne allein den Katholiken deine Arme, welche nicht die einer egoistischen und stolzen Rivalin sein dürfen — und wir werden unsererseits dein gottgegebenes Erstgeburtrecht anerkennen und wir werden mit dir diese Liga bilden, welche der Vater der Völker Gott zu segnen bittet“. Möchte dieser fanatische Wahnsinn nicht doch einige Bedeutung haben? Darf die clericale belgische Ministerium nicht etwa seinen frommen Freunden etwas auf die Finger sehen?

Großbritannien.

A. A. C. London, 21. Juni. [Gedenktag.] Gestern (Sonntag) waren es 38 Jahre, daß Königin Victoria den englischen Thron bestieg. Von den Ministern, die der neuen Herrscherin am 20. Juni 1837 in einem im Kensington-Palast zu London abgehaltenen Conseil den Huldigungseid leisteten, sind, wie die „Daily News“ erwähnt, nur noch zwei am Leben: Earl Russell, der damalige Minister des Innern, der in wenigen Wochen sein 83. Lebensjahr vollendet, und Earl Grey, damals Viscount Howick und Kriegsminister, der zehn Jahre jünger ist. Eine merkwürdige Illustration der Veränderungen, welche 38 Jahre in dem Personal der öffentlichen Männer Englands bewirkt haben, ist in dem Umstände zu finden, daß von dem gesamten Hause der Gemeine jener Zeit, das als eine Folge der Thronbesteigung der Königin aufgelöst wurde, nur noch zehn in dem heutigen Hause sich befinden. Diese sind: Lord Ernest Bruce, Lord George Cavendish, Sir Philip Egerton und die Herren Compton-Temple, Ellice, Gladstone, Horace, Hobart, Christopher Talbot und C. P. Villiers.

[Conervative Bankett.] Bei einem am Sonnabend in Brighton stattgefundenen conservativen Bankett hielt der Herzog von Richmond (Präsident des geheimen Rates) in Erwiderung des Toastes auf „Ihrer Majestät Minister“ eine längere Rede, welche eine Vertheidigung der Politik der gegenwärtigen Staatsregierung und Darlegung ihres ferneren politischen Programmes zum Gegenstand hatte. Das Resultat der unlängst in West-Suffolk stattgehabten Parlamentswahl führte er als einen Beweis an, daß das Land die von dem Cabinet verfolgte Politik im Großen und Ganzen billige. Während das Ministerium Maßregeln zur Bewirkung sozialer Reformen einführe, wünsche es die Aufrechterhaltung der Constitution des Reichs, der Prärogative der Krone, wie dieselber beim Regierungsantritt der jetzt regierenden Familie festgestellt worden, sowie der Staatskirche als das einzige Mittel zur Erzielung eines nationalen Glaubensbekenntnisses. Es wünsche auch die Unabhängigkeit des Hauses der Lords, die Privilegien des Hauses der Gemeinen, sowie die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Klassen des Gemeinwesens aufrecht zu erhalten.

[Der Sultan von Jananjan] empfing am Sonnabend in seinen Gemächern im Alexandra-Hotel eine Deputation der Anti-Sklaverei-Gesellschaft, die ihm eine Dankadresse für seine Bemühungen, dem Skavenhandel in seinem Lande ein Ende zu setzen, überreichte. In Erwiderung darauf erklärte er, daß er fernerhin sein Möglichstes thun würde, um den mit der britischen Regierung geschlossenen Vertrag zur Unterdrückung des Skavenhandels in Ausführung zu bringen. Heute stattet der Sultan der am Sonnabend von Balmoral zurückgekehrten Königin im Windsorschloss einen Besuch ab.

Dublin, 20. Juni. [Die große Feuerbrunst.] die in der Nacht am Freitag in einem Spirituosenspeicher in Chamber-street ausbrach, hat sich verheerender erwiesen, als anfänglich geglaubt wurde, und erst gelöscht werden konnte, da über 50 Wohnhäuser und viele andere Gebäude, darunter eine große Gerberei, in Asche gelegt worden. Der angerichtete Schaden beläuft sich ungefähren Schätzungen nach auf über 400,000 £. Die Wohnhäuser, deren Insassen Handwerkerfamilien bildeten, waren größtentheils unversichert. Die Noth unter den Abgebrannten ist so groß, daß sofort eine öffentliche Subscription für dieselben ins Werk gesetzt wurde. Menschenleben sind bei der Brandkatastrophe nicht verloren gegangen, dagegen sind drei Personen dem Genuss des heißen Whisky, der in Strömen durch die Straßen rann, erlegen, während siebenzehn andere aus derselben Ursache in den Dubliner Hospitälern liegen. Der Pöbel der irischen Hauptstadt zeigte sich bei dem Brände in seinem häßlichsten Lichte. „Die Ströme brennenden Whisky's“ — schreibt ein Berichterstatter der „Times“ — „die den meisten Leuten Entsezen einflößten, boten anderen eine Verfluchtigung, der sie nicht widerstehen konnten. Obgleich die Straßen im Allgemeinen vom Militär und der Polizei gut bewacht waren, gelangten Scharen von Menschen durch enge Gassen und Gänge nach Orten, wo der Whisky längs der Münsteine dahinfloss, oder in den Straßen Lachen bildete, und sie bedienten sich jedes nur möglichen Mittels, um sich dessen Genuss zu verschaffen. Einige versuchten die Flüssigkeit in ihren Hüten, und andere in ihren Schuhen aufzufangen, und wenn solche Mittel ermangelten, ihr leidenschaftliches Begehr zu stillen, so legten sie sich über die Gassen und leckten den berausenden Strom auf, bis einige hilflos und fast sunlos wurden und nach den Hospitälern getragen werden mußten, während andere von derselben Raseri befallen, ihre Pläne einzunahmen und ihrem Beispiel folgten.“

Asien.

A. A. C. [Aus China und Japan] bringt die neueste Ueberlandpost bis zum 8. Mai reichende Nachrichten. Jedes Journal in China hat gegen die seitens des Vicekönigs von Thiboli erfolgte Ernennung eines chinesischen Beamten von niederm Range, Namens Lung Pacu-hwa, zum Commissar der Untersuchung über den Kreuz in Yunnan Protest erhoben. — Aus bester Quelle verlautet, daß Prinz Kung wegen der Ermordung von Mr. Margary weder um Entschuldigung gebeten, noch irgend welches Bedauern darüber ausgedrückt hat. Li-Hung-Chang konzentriert Truppen und baut zahlreiche Forts in der Nähe von Tientsin. Dem Vernehmen nach ist er im Begriff, eine Telegraphenslinie zwischen den Hauptforts von Sin-ching, Taku und Peitang zu errichten. Er hat auch eine Menge Torpedos aus Europa importirt, die nun in den Taku-Forts untergebracht sind. In Sonchow sind Befehle eingetroffen, das Gingal- und Bogenschißen-Corps aufzulösen und durch von Ausländern einexercitie Truppen zu ersetzen. Die Operationen in Formosa sind, wie verlautet, nicht von Erfolg begleitet, indem die Wilden die chinesischen Truppen in jedem Falle besiegen. — Der Mikado von Japan gab seinen Ministern am 15ten April ein Bankett, das halb im japanischen, halb im europäischen Style servirt wurde. — Die jüngsten Gerüchte von bevorstehenden Veränderungen in der Regierung werden widerlegt. — Im Comptoir d'Escompte in Yokohama wurde am 16. April ein fahner Raub verübt; die beiden Räuber mit Namen Cantelli und Swaby verschwanden mit etwa 50,000 £. St. Es wurde ermittelt, daß sie durch

eine dritte Person einen Schooner gekauft hatten, in welchen sie früh am Morgen des genannten Tages augenscheinlich nach Matilla abreisten. Ein Dampfer mit einer bewaffneten Bootsbemannung von dem britischen Kriegsschiff „Thalia“ und Haftsbefehl ging sofort zu ihrer Verfolgung ab. Als er sich dem Schooner näherte, erschossen sich die Flüchtlinge und starben kurz darauf. Das geraubte Geld wurde fast gänzlich wiedererlangt.

Provinzial-Bericht.

Breslau, 24. Juni. [Angekommen.] Graf Lacy Hendel v. Donnersmarck, Rittergutsbesitzer, a. Romoltitz. Se. Durchlaucht Prinz Radzimil, Capitan, a. Ostrowo. Se. Durchlaucht Fürst von Oginiski, a. Schloss Jabłonowo. Ihre Durchlaucht Frau Fürstin von Oginiski dal. (Frobb.)

— ch. Görlitz, 23. Juni. [Eröffnung der Reichenberger Bahn. — Fleischercongres. — Krankenhaus.] Am Tage vor der offiziellen Eröffnung des Betriebs der Görlitz-Reichenberger Bahn besuchten die österreichischen Behörden und Beamten, welche an dieser Bahn beteiligt sind, bis hierher zur Einweihung der Bahn zu fahren. Auch scheint es in der Absicht zu liegen, die am 1. Juli hier in Funktion tretenden Beamten zu installieren. Dieser Besuch trägt, wie der Magistrat in einer Vorlage an die Stadtoberen, nicht mehr den Charakter einer inneren Angelegenheit der beteiligten Eisenbahn-Gesellschaften, sondern stellt sich als internationaler Act dar, als welcher er auch von den Eisenbahnverwaltungen aufgefasst wird. Da die Stadt Görlitz alle Veranlassung hat, zu dokumentieren, daß sie der neuen Bahn, der kürzesten Route zwischen Berlin und Wien, Hamburg und Triest, einen hohen Werth belegt, so befürchtigt der Magistrat an diesem Tage die Bewirthung der Gäste zu übernehmen. Er rechnet außer auf den Besuch der österreichischen Behörden und Beamten, sowie der Raths- und der Gemeindevorsteher von Reichenberg auch auf die Anwesenheit des Oberpräsidenten Grafen Arnim und des Regierungspräsidenten von Görlitz. Der Magistrat schlägt vor, die Arrangements seitens der Stadt zu übernehmen und auch die Bürger zur Belebung aufzufordern. Die Direction der Berlin-Görlitzer Bahn hat sich bereit erklärt, einen Extrazug zu stellen, der die hiesigen Theilnehmer zum Empfang der österreichischen Gäste bis zur Landesgrenze bei Ostritz befördert, von wo sich dann die Gesellschaft nach Görlitz zum Festmahl zurückbegibt. Wenige Tage nach der Eröffnung, am 5. Juli wird der Gewerbederein eine Excursion auf der neuen Bahn unternehmen, von der man sich die Anbahnung eines regeren Verkehrs zwischen Görlitz und Reichenberg verpricht. — Eine Vorberammlung des ersten deutschen Fleischercongreses hat gestern im Englischen Garten hier selbst stattgefunden, unter zahlreicher Beteiligung der hiesigen Fleischer, der nur die Theilnahme von auswärts nicht ganz entsprach. Indes waren Berlin, Breslau, Dresden, Stettin, Liegnitz, Schweidnitz, Chemnitz, Jauer, Bittau, Hirschberg, Bunzlau, Greifenseberg, Hirschfelde und Alt-Döbern vertreten. Die Versammelten beschlossen, den ersten Fleischer-Congreß in der durch ihre Wurzeln berühmten Stadt Görlitz abzuhalten, dessen Lage in der Mitte Deutschlands sie besonders geeignet erscheinen ließ. Der Congreß soll in den Tagen vom 20. bis 26. September stattfinden und ein aus 8 Mitgliedern bestehendes Comitee, dem auch ein Breslauer, Fleischermeister Steffan angehört, wird die Vorbereitungen treffen. Die Tagesordnung verspricht eine sehr reichhaltige und nicht uninteressante zu werden. Außer mit den Fleischern und der Trichinenfache werden sich die Fleischer auch mit genossenschaftlichen Fragen beschäftigen und über ihre Haltung zu den Consumvereinen, sowie über die Gründung von Vorrichtungs-Vereinen für Fleischermeister berathen. Außerdem steht auch die Lehrlingsfrage, das Gesellenwesen, die Einrichtung von Arbeitsbüchern, die Abschaffung des Biergeldes für die Gesellen und die Schlachthausfrage auf der Tagesordnung. Endlich ist auch die Einrichtung eines Gnadenegels für den Hedschener Fleischer Hartmann, der wegen Verlaus von trichinem Fleische zu langerer Gefängnisstrafe verurtheilt ist, mit auf die Tagesordnung gestellt. Praktische Einrichtungen zum Transport von Vieh auf den Eisenbahnen und Vorrichtungen zum Füttern und Tränken der Thiere während der Fahrt sollen gleichfalls Gegenstand der Berathungen bilden. — Wie bereits erwähnt, hat der Magistrat, nachdem die Stadtoberen seine Anträge auf Erbauung eines neuen Krankenhauses an der Nieskyer Thor-Controle abgelehnt hatten und auf die Erweiterung des alten Krankenhauses zurückgekommen waren, ein Gutachten des Geheimen Sanitätsrates Dr. Wilms in Berlin über die Frage erbeten, ob eine völlige Desinfection des alten Krankenhauses überhaupt möglich sei und ob, wenn sie ausgeführt ist, auch die Wiederkehr des alten Zustandes zu verhindern sei. Geheimer Rath Wilms hatte seinerseits die Ausführung des Professors Gropius verlangt und nach Bestätiung des Krankenhauses sein Gutachten dahin abgegeben, daß seine vollständige und nachhaltige Desinfection nicht möglich sei. Der Magistrat hat sich bei dieser Negation nicht beruhigt, sondern die beiden Gutachter um Vorlässe gebeten, wie dem Bedürfnisse auf billigere Weise abgewichen werden könne, als nach dem Proiecte des Dresdener Bau-Directors Friedrich. Inzwischen ist der Frühling vergangen, der Sommer gekommen und noch immer ist nichts geschehen, um der Überfüllung des Krankenhauses im nächsten Winter vorzubürgern. Mindestens ist doch die Errichtung von Baracken unumgänglich nothwendig, wenn man die Gefahr der Infection nicht als übertrieben erachtet soll, und will man nicht doppelte Verwaltungskosten bis zur Beendigung des Neubaus haben, so wird man sich wohl entschließen müssen, Räume zur Aufnahme von Wundfranken auf dem Grundstück des jetzigen Krankenhauses interimistisch herzustellen. Jedenfalls kann die Entscheidung nicht wieder auf unbefristete Zukunft verschoben werden. — Die Mäjern sind seit einigen Wochen hier epidemisch aufgetreten, glücklicherweise bei der Gunst der Witterung durchaus gutartig. Die Mädenködulen sind indeß durch die Epidemie so geleert, daß davon die Rede ist, die Sommerferien 14 Tage früher zu beginnen. In der städtischen höheren Töchterschule sollen allein gegen achtzig Schülerinnen fehlen.

Grunberg, 22. Juni. [Kirchensteuer. — Musikfrage.] Zum ersten Male wird in diesem Jahre eine Kirchensteuer zur Kostendeckung der Reparaturen der evangelischen Kirche erhoben werden und zwar: 12 p. c. der Communalsteuer. Ebenso wird wohl auch das Emeritengehalt, das bisher nur aus besonderer Rücksicht für den Superintendenten Müller von der Stadt übernommen war, von der Gemeinde aufgebracht werden müssen. — Die Gesellschaftsfrage würde viel günstiger für die Geistlichen stehen, wenn nur 2 geistliche Stellen zu dotiren wären. Und in der That läuft der Theologenmangel es wahrscheinlich machen, daß der auch hier sehr wenig besuchte Wochentagsgottesdienst vom Consistorium allgemein aufgehoben wird. Alsdann würden statt 3 hier 2 Geistliche vollkommen genügen. — Der Fortgang des Musitmeister Tröster nach Strelen, wo er die mit ca. 400 Thlr. dotirte städtische Kapellmeisterstelle erhält, hat allgemein den Wunsch erreicht, daß auch unsere Stadt eine Summe für Dotirung einer solchen Stelle aussiezen möchte. Den Vereinen der Stadt bei festlichen Aufzügen, den Localbehörden, endlich dem Publizum fehlt von nun an jede Gelegenheit zur besseren Musik und muß dieselbe mit bedeutenden Kosten aus Züllichau oder Glogau geholt werden. — Zum Abschied veranstaltete gestern der Herr Musitmeister ein sehr besuchtes Concert mit Gesangsaufführung.

Lahn, 23. Juni. [Curiosum.] Am Sonnabend befanden sich, wie der „B. a. d. R.“ erzählt, unsere Nachtwächter in nicht geringer Verlegenheit, indem der die Rathaussturm-Uhr beaufsichtigende Uhrmacher auf Flügeln der Liebe zu seinem Liebchen geeilt war und in der Freude wahrscheinlich die Uhr aufzuhören vergessen hatte. Die Wächter der Nacht waren also genötigt, bei dem Stillstand der Uhr die Stunden nach einer nahe gelegenen Gasthof-Uhr auszupfeifen.

H. Heinau, 23. Juni. [Zum Morte.] Die heute Vormittag vollgegene Obduktion des hier vergebundenen ermordeten, hat mehr denn vierzig Stich- und Schnittwunden und Verletzungen am Körper konstatirt, und hat sich ein nach dem Kopfe geführter Schlag allein schon als tödlich erwiesen. Mehrere in den Nähe aufgefundenen Glassplitter sind heute auch Aufmerksamkeit zugewandt worden, da diese möglicherweise von den Fensterscheiben des Wagens herführen können, woran der Unglückliche höchst wahrscheinlich der Mörderhand erlegen, oder transportirt worden ist. Auch ist heute von einem Knechte eine Müse abgegeben worden, die derselbe am Sonntage auf einem Rain bei der betreffenden Stelle gefunden hat, und aus der die Firma des Verfertigers entfernt ist. Diesen Nachmittag 6 Uhr hat unter zahlreicher Begleitung und Theilnahme, namentlich aus der mosaischen Gemeinde, auf hiesigem jüdischen Friedhofe unter den rituellen Feierlichkeiten die Beerdigung des Gemordeten stattgefunden. Die Annahme, daß derselbe mit einem in Berlin vermittelten Handlungs-Reisenden identisch sein könnte, hat sich heute nicht bestätigt. Ebenso fehlten bis jetzt alle und jede bestimmten Anhaltspunkte für die Thätersucht.

H. Dels, 23. Juni. [Andenken an den ermordeten Pastor Reihe. — Seminarlehrer. — Wasserleitung. — Rosendiebin er-

tappi.] Die Predigt, welche der in Döberle ermordete Pastor Reihe am Morgen seines Todesstage niedergeschrieben hatte, ist jetzt im Druck erschienen. Als ein Andenken an den Entdecker, dessen tiefe Geistigkeit und Gemüthsstärke sich in seiner letzten Verbi. Arbeit getreu abspiegeln, wird dieselbe gewiß in vielen Familien willkommene Aufnahme finden. Der Erlös soll zu einer Stiftung zum Gedächtniss an den Verdächtigen Verwendung finden. — In den ersten Tagen des Juli treffen hierzu bereits zwei Lehrer für das neu errichtete Seminar ein, nämlich der Dir. Zetor, der Königl. Waisenhaus-Inspector Herr Seeliger aus Steinau, und der Seminarlehrer Herr Vogel aus Münsterberg, um die zur Eröffnung erforderlichen Einrichtungen anzurichten und die Aufnahme-Prüfung abzuhalten. — Obwohl Anfangs die Kund von der Umänderung der Wasserleitung große Befriedigung hervortrifft, so ist dieselbe, nachdem die Art und Weise der Ausführung vor Augen liegt, bedeutend herabgesetzt worden. Zunächst hoffte man, daß die herzogl. Kammer die vordere Mauer des Gebäudes, in dem das Hebewerk sich befindet, würde niedersetzen lassen, wodurch die Verengung der Louisenstraße gerade bei der Brücke beseitigt worden wäre. Doch geschieht dies leider nicht. Außerdem ist sehr bedauern, daß die Leitungsröhren nicht bis hinter den Friedhof gelegt werden. Der Bach fließt hart an der Grenze derselben vorbei, und in naßen Jahren ist mindestens ein Durchsickern gesundheitsgefährlicher Stoffe zu fürchten. Zudem ist die Gegend an der sogenannten Mosesbrücke ein Ort, wo das Wasser durch Waschen, Wäschewaschen u. dgl. manigfach verunreinigt wird. Mit geringen Mehrkosten, vielleicht von 200—300 Thlrn. für Rohr hätte ein ganz reines Wasser der Stadt zugeführt werden können. — Der hiesige Friedhof gewährt den Anblick eines sorgfältig gepflanzten, lieblichen Gartens. Namentlich zur Rosenzeit gleichen einzelne Theile derselben dem schönsten Rosengarten, indem die prächtigsten Sorten in reicher Fülle vertreten sind. Schon zum gestern wurden aber auch Klagen vernommen, daß gerade die schönsten Blumen entwurzelt wurden. Jetzt ist es endlich gelungen, eine solche Diebin zu entappen. Dieselbe, eine schon bejahrte Frau, trug einen Krug bei sich und beschäftigte sich scheinbar mit Gießen der Pflanzen. Ihr Verhalten erregte jedoch Verdacht und fand sich bei der Untersuchung der Krug ganz mit Rosen gefüllt. Sie sieht nun ihrer Bestrafung als Diebin entgegen.

* Beuthen O.-S., 24. Juni. [Verübler Betrug an jüdischen Haushaltern.] Seit mehreren Monaten befinden sich zwei, ihrem Auftritt und ihrer äußeren Erscheinung nach scheinbar den besser situierten Vermögensklassen angehörende Männer jüdischen Glaubens in Deutschland, woselbst sie die Wohlthätigkeit hiesiger Glaubensgenossen für ihre durch Typhus und Cholera sehr stark mitgenommene Gemeinde R. in Rußland anrufen. Sie weilen den ihnen erteilten Auftrag, für die unglückliche heimatliche Gemeinde zu sammeln, um Waisenhäuser und ähnliche wohltätige Institute zu errichten, durch Alteste hochgestellter Personen und Glaubensgenossen nach und lassen die gereichten Gaben in ein Spendenbuch verzeichnen. Das betreffende Spendenbuch weist auch schon mehrere tausend Thaler von Beiträgen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands nach. Vor Kurzem waren die edlen Menschfreunde hiesiger Gegend auch um beisteuern durch die betreffenden Collectore angegangen worden, welche das Geld der total verarmten und durch Cholera und Typhus um den größten Theil der arbeitsfähigen und ernährbaren Männer verbrauchten Gemeinde mit sehr lebhaften Farben zu schildern wußten. Sie selbst, die Sammler, seien angesehene, wohlhabende Bürger und Gemeindemitglieder, beanspruchen für sich nicht das Geringste, wollten nur ihren durch Unglück hart betroffenen Glaubensgenossen helfende Dienste leisten. Mit den besten Wünschen für das fernere Gelingen der aufzuernden Hingabe und Thätigkeit floßen auch in hiesiger Gegend den Sammlern Gaben zu. Raum war die hiesige Gegend von den braven Genossen verlassen worden, als auch schon sich herausstellte, daß dieselben Betrüger sind, die weder aus R. in Rußland stammen, noch berechtigt sind für die dortige Gemeinde zu collectiren, die gesammelten Beiträge daher in ihren Nutzen verwendeten und mit einer ausgeschöpften Lüderlichkeit verprassen. Die Gauner sind aus dem galizischen Grenzorte Osowiem, haben sich aus Berlin, wo selbst verartiges einer Ehrengesellschaft förmlich fabrikmäßig betrieben werden soll, gefälschte Zeugnisse beschafft und machen nun die Welt unsicher. Die hochbetagte Mutter des einen der Gauner hat von dem Treiben ihres misstrauischen Sohnes Kunde bekommen und konnte trotz ihrer Hinfälligkeit sich nicht überwinden dem Sohne nachzureisen, um ihn von seinen Niederträchtigkeiten zurückzuhalten und da dies nichts fruchtete, so ging sie den Rabbiner Dr. Cohn in unserer Nachbarschaft Kattowitz an, vor dem Beiriger öffentlich zu warnen, was in der jüdischen Presse auch schon geschehen ist.

Handel, Industrie &c.

Montanistische Briefe aus Oberschlesien.

Janow — so heißt nämlich die in unserm vorigen Briefe erwähnte Ortschaft, nicht Jomow, wie irrtümlich gedruckt ist, — ist ein Dorf des Kreises Kattowitz nahe bei Myslowitz. Zum ersten Male wird es im Jahre 1724 genannt. Außer bereits erwähnter Steinkohlengrube Gute Albert finden wir gegenwärtig bei Janow noch sieben Kohlenbergwerke, welche bis vor Kurzem im Betriebe standen oder noch stehen: Agathe, Feldmarschall, Jacob, Pepita, Sigismund, Eisenbahn und Gute Amalie. Catalpa ist seit einigen Jahren außer Betrieb gesetzt.

Des Steinkohlenbergbaus in der Umgegend von Myslowitz wird zum ersten Male 1781 gedacht. Am 14. Februar dieses Jahres reichten nämlich die Schmiede eine Petition beim Dominium ein, worin sie erklären, daß es ihnen nicht mehr möglich sei, den Bins von 5 Flor. gegen den sie sich Kohlen fördern durften, zahlen zu können. Es seien ihrer jetzt 10 Schmiede am Orte, während vorher nur 2 gewesen, das Dominium möchte daher die Kohlen selbst fördern, die sie nach der üblichen Taxe bezahlen wollten (Vgl. Dr. J. Lustig, Gesch. d. Stadt Myslowitz S. 165.) Die älteste bekannte Grube ist Gute Erwartung, die bereits 1824 betrieben wurde. Die gute Erwartung scheint jedoch nicht zugetroffen zu haben, denn die Grube ist schon lange außer Betrieb. Der Bau der Gruben ist wegen starker Wasserzufüsse sehr schwierig, dazu das Kohl nicht von vorzüglichster Qualität, die Flöze sind oft nur schwach. Am meisten leistete in früheren Jahrzehnten noch Gute Amalie, die seit 1866 zwar auch längere Zeit fristete, neuerdings aber wieder in Aufschwung kommt. Während sie 1872 überhaupt nicht, 1873 nur 481 Htll. förderte, wurden im letzteren Jahre 22,689 Htll. gewonnen. Sie beschäftigte 42 männliche und 3 weibliche Arbeiter im Jahre 1874. Jacob wurde 1840 verliehen und lieferte 1872: 289,291, 1873: 334,197, 1874: 306,288 Htll. Von letzterem Quantum wurden allein nach Österreich 211,520 Htll. nach Polen 7,392 Htll. abgesetzt. An Arbeitern wurden 79 Männer und 24 Frauen beschäftigt. Locomotive wurde 1841 verliehen, Eisenbahn 1859. Im Jahre 1858 betrug die Kohlenausbeute ersterer Grube schon 110,794, die letzterer 50,014 Tonnen. In neuerer Zeit sind beide Gruben vereinigt unter dem Namen cons. Eisenbahn. Ihre Production beziffert sich für 1872 auf 176,434, für 1873 auf 260,701, für 1874 auf 274,455 Htll. Der Abzug nach Österreich war 1874 nicht bedeutend, er belief sich auf 17,292 Htll. Nach Polen wurden 1706 Htll. exportirt. Es waren auf der Grube 118 Männer und 22 Frauen beschäftigt. Etwas älteren Datums ist die Verleihung von Sigismund, sie entstammt dem Jahre 1833. Im letzten Jahre war sie nur 5 Monate im Betriebe und förderte in diesem Zeitraum 19,322 Htll. gegen 37,650 in 1873 und 122,642 in 1872. An Arbeitern waren vorhanden 25 Männer und 3 weibliche Personen. Agathe förderte im Jahre 1874: 110,357 Htll. (1873: 252,525) mit 44 männl. und 10 weibl. Arbeitern, Feldmarschall 45,420 (85,556) mit 33 und resp. 5 Arbeitern, Pepita 229,792 (226,008) Htll. mit 56 und 11 Arbeitern. Die Gesamtproduktion jener 7 Gruben erreichte sonach 1874: 1,008,318 Htll. = 1,680,530 Ctr. Sämtliche Werke sind Allein- oder Miteigentum des Herrn von Tiele-Windler auf Miechowiz und stehen unter der General-Direction des Kgl. Berggrath Mawie zu Kattowitz.

Schon im 18. Jahrhundert soll in Janow ein Eisenwerk existirt haben. In den Myslowitzer Feldmark hatte einiger Ruf in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Säbelhütte (Szabelnia). Seitdem ist kein Eisenwerk wieder bemerkbar geworden, bis im Jahre 1836 die Sophienhütte gegründet wurde. Gebaut von einer Privat-Gesellschaft kam sie schon vor ihrer Beendigung in den Besitz des Herrn Graiss von Windler. Einfach und von Holz gab sie den Besitzern des gegenüberliegenden grohsartigen Eisenwerkes in Niwla zu manchen Glücks Veranlassung. B. B. meinten sie, man müsse die Hütte mit Stricken anbinden, damit sie das Wasser nicht fortströmte. Doch während jenes großen Werk schon lang, so war, arbeite die kleine Sophie eifrig weiter und zu wohlseinem Preis, so wie Herr Franz von Windler sagte, das Voh Eisen komme in Niwla herren zu stehen, als der Centner auf der Sophienhütte. Im Jahre 1859 produzierte Sophie 2,9774, 1865: 40,580 Centner Walzeisen. In neuerer Zeit hat der jüngste B. B. von Tiele-Windler, den Betrieb eingestellt.

Auch Binkhütten wurden in früherer Zeit bei Janow betrieben. Da lag die Alexanderhütte des Herrn von Tiele-Windler, welche 1859: 70,131 Centner Rohzink lieferte, und die Arnold-Binkhütte, welche vor dem Amalienhütte hieß, im Munde des Volks „tal Bäckerlein“ (Zimna wódka). Diese hütte hatte Arnold Lüschwitz aus Breslau 1829 erbaut. Ihre jährliche Produktion stellte sich auf rund 5000 Ctr. (Vgl. Lustig Gesch. d. St. M. S. 176). Beide Hütten sind zur Zeit nicht mehr im Betriebe.

Janow gehört zur Gemeinde Schloss Myslowitz, welche aus folgenden Ortschaften zusammengesetzt ist: Dorf Janow mit 1022, Schloßhof Myslowitz mit 23, Eisenbahngruben mit 35, Locomobilgrube mit 85, Sigismundgrube mit 12, Jacobgrube mit 191, Catalpagrube mit 3, Pepitagrube mit 20, Weiler Wessolla mit 50, Alexanderhütte mit 135, Arnoldshütte mit 66, Sophienhütte mit 135, endlich Susannagrube, welche zum anderen Theile zur Gemeinde Bogutsch gehörte, mit 59 Einwohnern. (Vgl. die Gemeinden und Gutsbezirke des preußischen Staates ic., bearbeitet vom Königl. statistischen Bureau, S. 340 f.) Im Ganzen hat Schloss Myslowitz 1865 Einwohner, darunter 996, also zur größeren Hälfte männliche. Die Bevölkerung ist meist katholisch; nur 77 Evangelische und 17 Juden wurden gezählt. Von 1365 Einwohnern über 10 Jahren haben 670, das ist gegen 50 p.C. nicht lesen und schreiben gelernt, obwohl nicht nur im nahen Myslowitz genügende Schulanstalten sind, sondern Janow selbst bereits seit 1848 eine katholische Schule besitzt.

Berlin, 23. Juni. Aus der Vergleichung der heutigen Schlusscourse mit den gestrigen ergibt sich, daß der Verlehr keine feste Physiognomie gehabt, denn das Courrsniveau erfuhr auf allen Gebieten Herabsetzung, die zuweilen sogar größere Ausdehnung annahmen. In dieser Hinsicht haben wir zunächst der Lombarden und der Türken Erwähnung zu thun. Für erstere herrscht augenscheinlich an den Börsen eine durchaus pessimistische Anschauung und scheint hierin unsere Börse sich ganz besonders herborthen zu wollen; die Stammactien erfuhrn auch heute einen sehr erheblichen Rückgang, sie sind in den beiden letzten Tagen um circa 20 M. gewichen. Die lombardischen Prioritäten konnten sich mindestens auf dem gestrigen Niveau behaupten, da zu der niedrigen Notiz sich reichlich Käufer für das angebotene Material fanden, der Cours im Handel stellte sich selbst besser. Gestern Credit-actien und Gestern Staatsschulden erfuhrn ebenfalls gegen gestern nicht gerade ganz unbedeutende Einbußen. Gegen Schluss der Börse befestigte sich in Folge von Deckungsläufen die Haltung auf dem Markte für internationale Speculationspapiere, so daß diese auch nicht mit ihrer niedrigen Notiz schließen. Die localen Speculationseffecten trugen nur einen wenig festen Charakter, besonders war Disconto-Commandit matt, 153,10, ult. 153,50—153, Dortmunder Union 8,50, ult. 9—8,50, Laurahütte 94,25, ultimo 94—94,50. Die Gestern Nebenbahnen waren von der allgemeinen Mattheit weniger getroffen, Galizier zogen etwas an und waren überhaupt fest, für Rudolfsbahn trat eine sehr lebhafte Kauflust auf, die auch auf die Courrbewegung nicht ohne Einfluß blieb, Kajatz-Oderberger lebhaft, Gesterr. Nordwestbahn eher schwach. Auswärtige Staatsanleihen blieben mit Ausnahme der Türkischen meist unverändert, diese aber gingen auf Londoner Notiz um ein volles Prozent zurück und waren in größeren Beträgen offeriert. Russische Wertp. sehr still, nur Central-Bodencred. bevorzugter. Preuß. Bodencred. gingen ziemlich lebhaft um, zeigten aber schwächere Tendenzen, andere deutsche Staatspapiere blieben fast geschäftlos. Inländische Prioritäten gingen bei ziemlicher Festigkeit rubig um, ein lebhaftes Geschäft hand in Bergischen Lit. C., Hannover-Altenbeken III. Emission und Oberschlesien 4½ procent. de 1874 statt Auswärtige Prioritäten, mit Ausnahme der Lombardischen, meist ohne Beobachtung. Auf dem Eisenbahnmarkte fand nur ein sehr geringes Geschäft statt und war die Stimmung im Allgemeinen wenig fest; Anfaller schwächer, auch Potsdamer und Halberstädter konnten sich nur schwer behaupten, Stettiner zogen um eine Kleinigkeit an, Stargard-Posen garantirte zu Capitalsanlagen begehr. Leichte Bahnactien waren fast durchweg matter. Die Courrsveränderungen blieben aber nur gering, Rumänen öffnet, niedriger, Nahé, Berlin-Dresden und Bresl.-Grajewo reger. Banfaktion sehr still, Deutsche Reichsbank, deren Erscheinungstag auf den 25. d. festgesetzt ist, wurde zu 139 rege umgesetzt, Central. für Ind. recht fest, Königl. Vereinsb. und Berl. Weddeler, höher, Darmstädter behaupten sich lediglich gut. Für Bresl. Disconto zeigte sich Frage. Preuß.-Bodencred. und Berl. Bankverein matter, Schaffhausen niedriger, Quistorp weichend. Industriepapiere wenig beachtet, Flora zog etwas an, Westend niedriger, Fonsdorf niedriger, Albertinenhütte weichend, Senften besser, Wilhelmshütte höher, Egels fester, Freund und Oberschlesische Eisenbahnbed. lebhaft. Görlitzer Eisenbahnbed. und Nordb. Eisenbahnmaterial belebt und höher, Leopoldshall reger, Donnersmark beigebr. Kölner Bergwert besser, auch Centrum bei belebtem Verkauf steigend; Deutsches Bergwert höher. Sonst waren Montanwerthe

Bahn vorhanden Handelskammern. Das Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft beschloß, die desfällige Offerte bereitwilligst zu acceptiren und als Conferenz-Ort Berlin und zwar das Sitzungslocal des Aeltesten-Collegiums in Vorichlag zu bringen.

Berliner Börse vom 23. Juni 1875.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T. 34/4	171,90 bz
do. do. 2 M. 34/4	170,95 bz	
Augsburg 100 Fl.	2 M. 4	—
Frankf.a.M. 100Fl.	2 M. 4	—
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 47/4	—
London 1. Lst. 3 M. 34/4	20,44 bz	
Paris 100 Frs.	8 T. 4	81,40 bz
Petersburg 100SR.	3 M. 4	27,30 bz
Warschau 100SR.	8 T. 4	27,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 47/4	183,45 bz
do. do. 2 M. 47/4	182,10 bz	

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staate-Anleihe	4 1/4	—
Staats-Anl. 4% 1/2	4 1/2	—
do. consolid.	4 1/2	105,80 bz
do. 4%ige	4 1/2	98,23 bz
Staats-Schnellscheine	3 1/4	92,50 bz
Präm.-Anleihe v. 1835	3 1/4	134,50 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102,40 bz
Berliner	4 1/2	180,50 bz
Pommersche	3 1/4	88,90 bz
Posensche	4	94,90 bzG
Schlesische	3 1/4	—
Kur. u. Neumärk.	4	98,10 bz
Pommersche	4	97,70 B
Posensche	4	96,60 bz
Pruisische	4	97,10 G
Westph. u. Rhein.	4	96,90 G
Sächsische	4	98,00 bz
Badische Präm.-Ahl.	4	117,50 G
Bayerische 4% Anleihe	4	119,50 B
Cöln-Mind.Prämiensach.	3 1/4	107,25 bzG
Kurh. 40 Thlr.-Loose	235,00 bz	
Badische 35 Fl.-Loose	128,00 bz	
Braunschw. Präm.-Anleihe	74,30 bzG	
Oldenburger Loose	132,50 bz	
Louisad. — d. —	Fremd.Bkn. 93,85 bzG	
Ducaten. —	Oest. Bkn. 183,75 bz	
Sover —	do. Silbergld. 186,20 bz	
Napolcons 16,34 bz	do. 4% Guild. —	
Imperials 16,81 bz	Russ.Bkn. 230,20 bz	
Dollars 4,20 G		

Hypothesen-Certificate.

Krupp'sche Part. Obl.	5	103,25 bzG
Unkb. Pfz. d. Pz. Hyp. B	4 1/2	100,50 bz
Deutsche Hyp.-Bk. Pfz.	4	95,75 G
Kündb. Cent.-Bod. Cr.	4	102,25 G
Unkd. do. (1872)	5	102,30 bz
do. rückba. à 11% 5	107,40 bz	
do. do. do. 4 1/2	100,70 bz	
Unk. H. d. Pr. Bd. Ord. B	5	103,20 bzG
do. III. Em. do. 5	101,20 bzG	
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	100,80 G
Hyp. Anth. Nord-G.C.B. 5	101,50 bz	
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	105,25 bz
Goth. Präm. P. I. Em. 5	110,00 bz	
do. II. Em. 5	106,00 bz	
do. 5% Pr. rückba. milie 5	104,10 bz	
do. do. 110,40	97,25 bz	
Meiningen Präm.-Pfd.	4	103,60 bz
Oest. Silberfauldbd.	5	60,25 G
Pfd. d. Oest. Bd. Cr.-G.	5	89,00 B
Schles. Bödner. Pfadbr.	5	100,25 G
do. do. 4 1/2	95,00 G	
Südd. Bod. Ord. Pfd.	5	102,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5	—

Ausländische Fonds.

Ost. Silberrente	4 1/2	68,00 bzG
do. Papierrente	4 1/2	64,26 bzB
do. 54er Präm.-Ahl.	4	112,00 B
do. Lott. Anl. v. 60	5	116,75 bz
do. Credit-Loos.	—	337,00 etbzB
Euss. Präm.-Ahl. 5	5	184,40 bzB
do. do. 1886	5	180,40 G
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	22,30 bz
Russ. Pol. Schatz-Obl.	4	88,00 G
Poln. Pfandbr. III. Em.	5	83,50 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	70,75 bz
Amerik. rückba. p. 1881	5	104,40 bzB
do. do. p. 1885	5	102,30 bz
do. 5% Anleihe	5	99,75 bz
Französische Rente	5	—
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,20 B
Ital. Tabak-Oblig.	5	100,50 bzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	82,20 bz
Zumänische Anleihe	5	105,60 bz
Türkische Anleihe	5	41,30 B
Ung. 5% St.-Eisenb.-Ahl.	5	77,20 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	
Finnische 10 Thlr.-Loose	39,00 bz	
Türken-Loose 29,80 bz		

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Ser. II. 4%	—	
do. III. St. 3% 4%	84,25 bzB	
do. do. VI. 4	98,90 bz	
do. Hoss. Nordbahn	3	103,00 G
Berlin-Görlitz	3	122 G
do. Lit. C. 4	97,75 G	
Breslau-Freib.	5	117 D.
do. do. E. 4	—	
do. do. F. 4	—	
do. G. 4	—	
do. do. J. 4	—	
do. K. 4	—	
do. L. 4	—	
do. M. 4	—	
do. N. 4	—	
do. O. 4	—	
do. P. 4	—	
do. Q. 4	—	
do. R. 4	—	
do. S. 4	—	
do. T. 4	—	
do. U. 4	—	
do. V. 4	—	
Halle-Sorau-Gaben	5	93,00 bzG
Märkisch-Posen	5	—
N.-M. Statats. I. Ser. 4	96,43 B	
do. II. Ser. 4	98,50 B	
do. do. Obliu. II. 4	96,10 bzG	
do. do. III. Ser. 4	97,75 B	
Oberschles. A. 4	94 G	
do. C. 4	86 B	
do. D. 4	93,30 B	
do. E. 4	—	
do. F. 4	101,09 G	
do. G. 4	104,40 bz	
do. H. 4	102,50 bzG	
do. I. 4	103,79 G	
do. von 1873. 4	98,49 bz	
do. 1874. 4	—	
do. Rix. Neiss. 4	—	
do. Coal.-Oderb. 4	—	
do. 5	103,75 bz	
do. Stargard.-Posen. 4	—	
do. II. Em. 4	99,50 G	
do. do. III. Em. 4	99,30 G	
do. Pr. Credit-Anstalt	4	
Prov. Wechsel-B.	4	
Schl. Centralbank	8	
Ver. Br. Quistorp	2	

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—
Berl. Lomb.-Bank	0	fr. 87,50 bz
Berl. Prod.-Makr.-B.	12%	0
Berl. Wechslerbk.	0	fr. 107 G
Br. Pr.-Wechs.-B.	0	fr. 69 bz
Centralb. f. Genos.	0	fr. 89,75 bzG
Nrdsl. Com. Comp.	0	fr. 0,50 G
Pr. Pr.-Wechs.-B.	0	fr. 0,40 B
Prod. Product.-B.	0	fr. 65 bz
Pr. Wechsel-B.	0	fr. 15 B.
Pr. Hyp. Vers.-Act.	17 1/2	187/2
Schl. Feuervers.	18	610 G

Industrie-Papiers.

Baugess. Plessner	0	0
Berl. Eisenb.-Bd. A.	6 1/2	7 1/2
D. Eisenbahns.-G.	0	4
do. Reichs.-N.-O. E.	8	4
Märk.Sch.Masch.G.	0	4
Nordl. Papierf.	0	4
Westend. Com.-G.	0	fr. 8 bzG
Do. 1873. 4	—	
do. 1874. 4	—	
do. Rix. Neiss. 4	—	
do. Coal.-Oderb. 4	—	
do. 5	103,75 bz	
do. Stargard.-Posen. 4	—	
do. II. Em. 4	99,50 G	
do. do. III. Em. 4	99,30 G	
do. Pr. Credit-Anstalt	4	
Prov. Wechsel-B.	0	
Schl. Centralbank	8	
Ver. Br. Quistorp	2	

Baltische Lloyd.	0	0
Brot. Bierbrauer.	0	4